

## INHALT

1. NDR-Sommerinterview mit Daniel Günther online
2. CDU gegen Winterabschiebestopp
3. Planungen bei der festen Fehmarnbeltquerung stocken
4. CDU-Fraktionschef fordert Ende des schleswig-holsteinischen Sonderweges beim Mindestlohn
5. Rechtswidrige Geschäfte belasten erneut HSH Nordbank

20.08.2015

### NDR-Sommerinterview mit Daniel Günther online



Daniel Günther im Gespräch mit Stefan Böhnke (NDR)

In einem Sommerinterview hat sich CDU-Fraktionschef Daniel Günther den Fragen des Norddeutschen Rundfunks gestellt. Darin äußerte er seine Überlegungen, wie die CDU in den Städten noch attraktiver werden könne.

„Wir haben in der Vergangenheit andere Themenfelder vernachlässigt, die für die Union auch wichtig sind, um gerade in urbanen Räumen wieder Stimmen zu holen“, sagte Günther, der auch Vorsitzender der Programmkommission für die nächste Landtagswahl ist.

Darum rate er der CDU dringend, unabhängig von Wahlen, nicht ausschließlich auf Kernkompetenzen zu setzen. Auf Themen wie Kulturpolitik oder Verbraucher- und Umweltschutz sollte die Union einen stärkeren Fokus legen.

Angesprochen auf die Frage nach der völligen Gleichstellung homosexueller Partnerschaften erneuerte der Fraktionschef die Position seiner Fraktion. Die Diskussion innerhalb der CDU sehe er positiv. Über inhaltliche Positionen sei in der Partei in der Vergangenheit zu wenig diskutiert worden.

Das vollständige Interview kann im Internet abgerufen werden unter:

<http://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Guenther-fordert-Mut-zur-Ehe-fuer-alle,da-nielguenther104.html>

---

### **CDU gegen Winterabschiebestopp**

#### **Günther begrüßt Ansinnen von Innenminister Staudt**

Jetzt hat sich auch Innenminister Staudt öffentlich gegen einen erneuten Winterabschiebestopp gestellt. Am Wochenende erklärte er: „Um die Integrationsperspektive für die vielen hierbleibenden Flüchtlinge nicht zu gefährden, spreche ich mich in der derzeitigen Situation dafür aus, dass Schleswig-Holstein keinen Alleingang beim Winterabschiebestopp macht.“

Die CDU-Fraktion sprang dem Innenminister zur Seite. Fraktionschef Günther betonte, das Ansinnen des Innenministers zu unterstützen, in diesem Jahr keinen Winterabschiebestopp durchzuführen.

Am Mittwoch hat das Bundesinnenministerium die Flüchtlingszahlen nach oben korrigiert. Insgesamt geht die Bundesregierung nun von bis zu 800.000 Menschen aus, die in diesem Jahr in Deutschland Asyl suchen.

„Bei diesen Zahlen kann sich diese Landesregierung einen Winterabschiebestopp nun wahrlich nicht mehr leisten. Die Kommunen stoßen an ihre Grenzen der Leistbarkeit. Darum müssen diejenigen, die keine Aussicht auf Asyl haben, auch schnellstmöglich in ihre Herkunftsländer zurück“, so Günther.

---

### **Planungen bei der festen Fehmarnbeltquerung stocken**

#### **CDU fordert mehr Anstrengungen vom Verkehrsminister**

Vor einer Woche machte der dänische Verkehrsminister, Hans Christian Schmidt, seinen Unmut über die Langsamkeit der deutschen Seite in einer dänischen Internetzeitung Luft.

Die Planungen für die feste Fehmarnbeltquerung und seiner Hinterlandanbindung kämen zu langsam voran. Heute traf sich in Kiel die deutsch-dänische Verkehrskommission, bei der Schmidt auf seinen schleswig-holsteinischen Amtskollegen Reinhard Meyer traf.

Vor dem Hintergrund der dänischen Kritik forderte der verkehrspolitische Sprecher den schleswig-holsteinischen Verkehrsminister auf, die Warnungen der dänischen Seite ernst zu nehmen und endlich die Planungen zu beschleunigen. Schließlich trage auf deutscher Seite das Land Schleswig-Holstein dafür die Verantwortung.

Arp betonte: „Für den Bau der Festen Fehmarnbeltquerung müssen beide Seiten mit ihren Planungen Hand in Hand gehen. Leider sieht es momentan so aus, als ob Dänemark mit großen Schritten vorangeht, Schleswig-Holstein aber hinterherhinkt. Es gilt jetzt: Butter bei die Fische!

Die Dänen brauchen für ihre eigenen Planungen verlässliche Terminaussagen der Landesregierung. Schleswig-Holstein muss mehr Tempo an den Tag legen“, so Arp.

Im Laufe des heutigen Nachmittages meldete die Deutsche Presseagentur, dass Wirtschaftsminister Meyer bestätigt habe, dass weitere Verzögerungen beim Fehmarnbelt-Tunnel eintreten könnten.

Link zum Artikel in der dänischen Internetzeitung Altinget:

<http://www.alinget.dk/artikel/ny-minister-klar-til-at-udskyde-femern-beslutning>



Verkehrspolitiker Hans-Jörn Arp

---

### **CDU-Fraktionschef fordert Ende des schleswig-holsteinischen Sonderweges beim Mindestlohn Hamburg schafft Landesmindestlohn ab**



Nachdem der Hamburger Senat am Dienstag das Ende des Landesmindestlohngesetzes beschlossen hat, das in der Hansestadt gilt, forderte Fraktionschef Daniel Günther die schleswig-holsteinische Landesregierung auf nachzuziehen.

Ähnliche Planungen für eine Abschaffung einer eigenen Landesregelung gibt es in Bremen, wo dies im rot-grünen Koalitionsvertrag festgeschrieben wurde.

„Nur in Schleswig-Holstein hält Wirtschaftsminister Meyer - trotz bundesweitem Mindestlohn - am eigenen Gesetz fest. Jetzt kann Meyer, der auf Veranstaltungen gerne den Wirtschaftsverstehrer mimt, seinen Reden endlich Taten folgen lassen. Die Begründung des in Hamburg zuständigen Senators muss doch auch Meyer einleuchten. Dieser hatte gesagt, mit zwei unterschiedlichen Mindestlöhnen zu arbeiten, «wäre dann etwas zu viel Bürokratie», betonte Günther.

Seit dem 1. Januar 2015 gilt in Deutschland ein bundesweiter Mindestlohn von 8,50 Euro. Der schleswig-holsteinische Landesmindestlohn übersteigt diesen Betrag und liegt bei 9,18 Euro.

---

## **Rechtswidrige Geschäfte belasten erneut HSH Nordbank**

**CDU: Bei der Bank tun sich neue Abgründe auf**



CDU-Finanzpolitiker Tobias Koch

Die HSH Nordbank steckt seit dieser Woche erneut in den Schlagzeilen. Hintergrund ist eine Strafzahlung in Höhe von 22 Millionen Euro, die die Bank wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung leisten muss. Damit überschreitet die Summe der Steuernachzahlungen und Strafgebühren mittlerweile die Marke von 200 Millionen Euro.

Der finanzpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Tobias Koch, äußerte sich verärgert über die erneuten Negativschlagzeilen:

"Das Sündenregister der HSH Nordbank wird immer länger. Nach den Cum-Ex-Geschäften zur ungerechtfertigten Erzielung doppelter Steuererstattungen kommt jetzt die Beihilfe zur Steuerhinterziehung mittels Briefkastenfirmen in Panama hinzu. Bei dieser Bank tun sich immer neue Abgründe auf."

Koch verwies darauf hin, dass es bereits im Untersuchungsausschuss zur HSH Nordbank Anzeichen über eine große Anzahl von Steuerdeals zur Zeiten der rot-grünen Regierungszeit gegeben habe.

„Damals haben die Oppositionsfraktionen von SPD und Grünen dieser Aussage wenig Beachtung geschenkt, da sich die Vorwürfe auf ihre eigene Regierungszeit bezogen. Mit dem Bekanntwerden immer neuer Vorfälle erscheint die damals unbewiesene Aussage zunehmend glaubwürdiger“, so Koch.

---

V.i.S.d.P  
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag  
Dirk Hundertmark, Pressesprecher  
Tel.: 0431/988-1440  
[dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de](mailto:dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de)